



Änderungsantrag

TOP:
Vorlagen-Nummer: **VII/2023/06521**
Datum: 14.11.2023
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto:
Verfasser: Melanie Ranft
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	16.11.2023	öffentlich Vorberatung
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	16.11.2023	öffentlich Vorberatung
Stadtrat	22.11.2023	öffentlich Entscheidung

Betreff: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum
"Haushaltskonsolidierungskonzept - Fortschreibung ab dem
Haushaltsjahr 2024 - und Haushaltssatzung, Haushaltsplanung für das
Haushaltsjahr 2024 sowie den Beteiligungsbericht 2022" (VII/2023/06097);
hier: Jugendarbeit

Beschlussvorschlag:

Im Produkt 1.36201 Jugendarbeit wird der Ansatz für Transferaufwendungen ab 2024 um 2,2 Mio. EUR erhöht.

gez. Melanie Ranft
Fraktionsvorsitzende

Begründung:

Innerhalb der gemeinsamen Sitzung des Bildungs- und Jugendhilfeausschusses am 16.02.2023 sowie im Verlauf weiterer Gespräche relevanter Akteur*innen innerhalb diverser Arbeitsgruppen und Gremien auf kommunaler und Landesebene zum Thema Jugendgewalt/Jugendkriminalität in Halle zeigte sich, dass neben der zeitnahen und konsequenten Verfolgung von Straftaten, der Verhängung von Sanktionen sowie die Erhöhung der Präsenz von Polizei und Ordnungsamt, der intensiven Zusammenarbeit relevanter Rechtskreise und Verantwortungsebenen eine angemessene Angebotslandschaft der Jugendhilfe notwendig ist. Jugendliche und junge Erwachsene haben in diversen Gesprächsrunden und Gremiensitzungen ihre Bedarfe geäußert. Auch innerhalb der Halleschen Kinder- und Jugendbefragung „Was geht?“ 2018 wurde erfragt, welche Angebote sich die Jugendlichen wünschen. Es gilt, den Jugendlichen und jungen Erwachsenen unserer Stadt diese Angebote zu unterbreiten und sie idealerweise bei der Ausgestaltung der Projekte zu beteiligen. Eine neue Jugendbefragung zu Themen wie z. B. Mobilität, Freizeitverhalten, Freizeitangebote und deren Nutzung, Aufenthaltsqualität und Partizipationsmöglichkeiten, Nutzung digitaler Medien, finanzielle Ressourcen und Verwendung von Geld, Nutzung und Bedarf nach Beratungs- und Unterstützungsangeboten, Delinquenz und Angsträumen in Halle wird derzeit durchgeführt.

Der Fachbereich Bildung hat mehrere umfassende und auf Daten basierende Bedarfe Konzepte und Planungen erarbeitet, die der Stadtrat beschlossen hat, z. B. die Jugendhilfeplanung, das Bildungs- und Präventionskonzept. Durch die Jugendlichen geäußerte Bedarfe wurden in die Konzepte aufgenommen. Die darin enthaltenen Maßnahmen konnten jedoch bisher, häufig wegen fehlender finanzieller Mittel, nicht allumfassend umgesetzt werden. Mit den durch den Änderungsantrag zum Haushalt 2024 zusätzlich zur Verfügung gestellten Mittel sollen Maßnahmen und Projekte der Jugendarbeit, wie z. B. außerschulische Jugendbildung, internationale Jugendarbeit, Jugendberatung, Jugenderholung usw. realisiert, bzw. sollen bestehende Maßnahmen erweitert werden.

Am 31.05.2023 hat der Stadtrat den Antrag der Fraktionen CDU, Hauptsache Halle und SPD zur Umsetzung sicherheitspolitischer Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität (VII/2023/05353) mehrheitlich beschlossen. Dieser spricht sich unter anderem dafür aus, der Eindämmung der Jugendgewalt höchste Priorität einzuräumen. Um dieser Prioritätensetzung gerecht werden zu können, sind für die Umsetzung von Projekten und Maßnahmen, die sich an Jugendliche und junge Erwachsene in unserer Stadt richten, zusätzliche Mittel einzusetzen.